

N I E D E R S C H R I F T

zum öffentlichen Teil

der 24. Sitzung des Integrations- und Ausländerbeirates (AB/024/2018)

am Mittwoch, 24. Januar 2018,

17:00 Uhr

**im Neuen Rathaus, Beratungsraum 200, 1. Etage,
Dr.-Külz-Ring 19, 01067 Dresden**

Beginn der Sitzung: 17:00 Uhr
Ende der Sitzung: 20:15 Uhr

Anwesend:

Vorsitzender

Dr. Hussein Hasham Jinah

stimmberechtigte Mitglieder - Fraktionen

Angelika Malberg	(bis 19:05 Uhr)
Dr. Helfried Reuther	(bis 19:05 Uhr)
Kerstin Wagner	(bis 19:40 Uhr)
Tina Siebeneicher	(bis 19:50 Uhr)
Vincent Drews	(bis 18:40 Uhr)
Dr. Margot Gaitzsch	
Jens Genschmar	(bis 19:05 Uhr)
Christine Mantu	(bis 19:50 Uhr)

stimmberechtigte Mitglieder mit Migrationshintergrund

Truong Binh Bui	
Maria Elena Domingo San Juan	(bis 19:55 Uhr)
German Levenfus	
Rustam Maks	
Dr. Asad Mamedow	
Dr. Md Shahinur Rahman	(ab 17:15 Uhr)
Dr. Juri Tsoglin	
Viktor Vincze	(bis 19:05 Uhr)
Halyna Yefremova	(ab 17:20 Uhr)

Abwesend:

stimmberechtigte Mitglieder - Fraktionen

Gordon Engler

stimmberechtigte Mitglieder mit Migrationshintergrund

Yujie Yao

Verwaltung:

Frau Winkler	Integrations- und Ausländerbeauftragte
Frau Schöne	GB 5, Sozialamt
Herr Geyer	GB 2, Schulverwaltungsamt

Gäste:

Herr Funk
Frau Bart
Herr Chekuru
Herr Patil
Frau Albal
Herr Balasubraminian
Herr Govindarajan

Landesamt für Schule und Bildung, Standort Dresden
Schulsozialarbeit (Schillerschule Dresden)
Indian Association Dresden e. V.
Indian Association Dresden e. V.
Indian Association Dresden e. V.
Indian Association Dresden e. V.
Indian Association Dresden e. V.

Schriftführer/-in:

Frau Richter

15.11 SG Stadtratsangelegenheiten

T A G E S O R D N U N G

Öffentlich

- 1** Schulische Migration:
 - Pilotprojekt Vorbereitungsklassen mit erweiterter zweiter Etappe
 - Integration an Oberschulen

- 2** Vorstellung des Vereins Indian Association of Dresden e. V. (IAD)

- 3** Informationen/Sonstiges
 - u. a. Öffnungszeiten der Ausländerbehörde und Verwendung des Beiratsbudgets

Nicht öffentlich

- 4** Informationen/Sonstiges

öffentlich

Herr Dr. Jinah, Vorsitzender, des Integrations- und Ausländerbeirates, eröffnet die Sitzung. Er stellt die Beschlussfähigkeit bei 11 anwesenden Mitgliedern, die form- und fristgemäße Ladung sowie Einvernehmen zur Tagesordnung fest.

Er begrüßt die anwesenden Gäste. Auf die Rückfrage des Vorsitzenden räumen die Mitglieder den Gästen im Einvernehmen vorsorglich Rederecht ein.

1 Schulische Migration:

- **Pilotprojekt Vorbereitungsklassen mit erweiterter zweiter Etappe**
- **Integration an Oberschulen**

Herr Funk, schulartübergreifender Koordinator für Migration im Landesamt für Schule und Bildung (LaSuB) (vormals Sächsische Bildungsagentur), erklärt, dass sich insgesamt drei Mitarbeiter diesem Thema widmen. Schulartübergreifend bedeute vom Schuleingang bis zu den über 18-Jährigen, die in den Berufsschulen lernen.

Heute sei er zum Bereich der Oberschulen eingeladen worden, insbesondere zum Sachstand schulischer Integration an Oberschulen sowie zu Problemen, die sich beim Wechsel von Schülern aus den Vorbereitungsklassen in Regelklassen abzeichnen sowie zur Pilotphase der Vorbereitungsklassen.

Anhand einer Präsentation informiert er zum derzeitigen Sachstand (Anlage zur Niederschrift).

Er stellt fest, dass die Herausforderung in den Landkreisen kleiner als in Dresden sei. Aktuell habe man an Dresdner Oberschulen 571 Schüler in Vorbereitungsklassen. Zum heutigen Tag seien es bereits wieder 20 Schüler mehr. Die Annahme, dass die Zuwanderung abnehme, könne man an den Schulen nicht feststellen. Seit Schuljahresbeginn bis zum 1. Januar 2018 habe die Landeshauptstadt Dresden an Oberschulen 157 Zuweisungen erhalten. Von der Klassenstärke von 23 Schülern ausgehend entspreche das sieben neuen Klassen, für die Räume, Lehr- und Betreuungspersonal, Material etc. benötigt werden. In den Landkreisen seien die Zahlen deutlich rückläufig. Die Zuwächse konzentrieren sich vor allem auf Dresden. Man habe festgestellt, dass von zehn Schülern, die Dresden zugewiesen werden, drei von ihnen aus den Landkreisen zuziehen. Daher seien Klassenbildungen schneller als bisher nötig und angenommen. Die zugewiesenen Schüler fokussieren sich auf die Grund- und Oberschulen. Weitaus weniger Schüler lernen in Vorbereitungsklassen an den Berufsbildenden Schulen. Der Großteil sei relativ jung, auch wenn keine statistische Erhebung erfolge. Der Zuwachs an den Oberschulen sei am größten, gefolgt von den Grundschulen und den Berufsbildenden Schulen. An Gymnasien gebe es keine Vorbereitungsklassen.

Zusammenfassend sei festzustellen, dass die Zunahme von Migration an Schulen nicht nur vorübergehend sei. Durchschnittlich erfolgen wöchentlich 10,4 Zuweisungen an die Schulen. Praktisch bedeute dies ausgehend von einer maximalen Klassengröße von 23 Personen, dass alle

zwei Wochen in der Landeshauptstadt eine neue Klasse gebildet werden müsse. Doch an den Schulen sei es bereits eng. Dennoch sei ein weiterer Aufwuchs an Vorbereitungsklassen nötig. Auf Grundlage der Sächsischen Konzeption zur Integration von Migranten an Schulen bedeute das gleichermaßen ein benötigten Aufwuchs in den Regelklassen, denn jeder Schüler, der Deutsch als Zweitsprache erlernt habe, solle auch einen Platz in den Regelklassen erhalten, um auch fachunterrichtlich gebildet werden zu können.

Durch die Zuzüge aus den Landkreisen sei die Land-Stadt-Migration festzustellen. Dabei sei eine Konzentration auf bestimmte Stadtteile festzustellen (starke Zunahme von Schülern mit Migrationshintergrund in der Südvorstadt, in Gorbitz und Prohlis). Besonders in der Südvorstadt habe ein Zuwachs um 50 % im Vergleich zum vergangenen Schuljahr aufgrund der Anmietung von Wohnungen auf der Budapester Straße und der Hochschulstraße stattgefunden, was sich an den Schulen teils mit einem Migrationsanteil von über 50 % zeige. Bei der Bedarfsplanung der Klassenbildung für das neue Schuljahr aufgrund der Anmeldungen zeige sich, dass der Anteil dort weiter steigen werde. Das Sächsische Staatsministerium für Kultus (SMK) ziele auf einen Migrationsanteil von maximal 30 % ab. Die Regelung befinde sich noch im Verfahren.

Herr Funk reflektiert den Ablauf der Integration (Folie 10). Für das Durchlaufen der einzelnen Etappen gebe es keine festgelegten Zeiträume. Das sei von den individuellen Leistungs- und Lernvoraussetzungen abhängig. Darin liegen auch schulorganisatorisch große Herausforderungen. Man sei sehr eng an der Grenze des Belastbaren. An den meisten Schulen seien die Vorbereitungsklassen mit 23 Schülern voll belegt. Zusätzlich müsse der Direktor „den Spagat machen“, dass er für die Schüler der Vorbereitungsklassen in den Regelklassen Platz freihalte. Aber in der vorausgegangenen Bildungsberatung finden keine Tests statt. Das heißt, auf Grundlage des Gesprächs gebe es eine Empfehlung, in welcher Klassenstufe die Teilintegration stattfinden solle. Oft zeige sich jedoch praktisch, dass der Schüler den Herausforderungen dieser Klassenstufe nicht gewachsen sei. Es komme dann vor, dass in der anderen Regelklasse an der Schule kein Platz mehr vorhanden sei. Denn die Regelklassen seien in Dresden meist voll belegt. Dann müsse die Teilintegration an einer anderen Schule erfolgen.

Im Grundschulbereich sei die Situation an einigen Standorten noch prekärer. Dort gebe es keine Möglichkeit, an einer anderen Schule teilzuintegrieren, weil die Regelklassen voll seien. Dann werde versucht, über individuelle Förderung und zusätzliche Arbeit der Betreuungslehrer, die dann fachlichen Inhalt in diese Klasse einbringen, zumindest eine Annäherung an den Unterricht der Regelklassen zu gewährleisten. Das widerspreche eigentlich der Grundkonzeption, denn diese Schüler werden zwar fachlich unterrichtet, aber sozial nicht integriert. Das sei eine große Herausforderung beim Übergang zwischen den Etappen.

Ein weiteres Problem seien die kulturellen Unterschiede, was es den Schülern schwer mache, sich erfolgreich zu integrieren. Dadurch, dass Zuweisungen fortlaufend stattfinden, aber die gruppenspezifischen Prozesse in einer neu gebildeten Klasse nicht unterbrochen werden, gebe es immer wieder Konfliktpotential. Durch die Hinzunahme von Einzelschülern werden diese Prozesse immer wieder unterbrochen. Ziel sei jedoch die Schulpflicht umzusetzen. Jeder Schüler, der in die Bildungsberatung komme, bekomme einen Schulplatz und werde so schnell es geht in der Schule angemeldet. Das Hinzukommen immer wieder neuer Schüler sei eine Herausforderung für die Lehrkräfte sei.

Das drängendste Problem sei nach dem Meinungsbild der Schulleiter jedoch die mangelnde Vorbildung. In der Teilintegration werde dann festgestellt, dass die Vorbildung zu gering sei, als dass dieser Schüler innerhalb dieser Klassenstufe oder in einer anderen erfolgreich integriert werden könne. Man stelle also fest, dass Grundlagen fehlen. Daher habe man im SMK gemeinsam mit den Koordinatoren für Migration beraten und verschiedene Ideen entwickelt. Die Idee, die nun erst einmal umgesetzt werden solle, sei die Vorbereitungsklasse mit vertiefter zweiter Etappe. Er geht auf dieses Pilotprojekt, welches in Sachsen an 15 Schulen angeboten werde, anhand der Folien 12 ff. und deren Umsetzung in Dresden ein. Im Vergleich zu anderen Klassen gebe es keine Neueinstiege während des laufenden Schuljahres und die Klassenstärke sei auf 16 Schüler beschränkt. Ziel sei es, die substanziellen Stoffinhalte der Klassen 5 bis 8 aufzuholen. Daher haben die Schüler neben der Ausbildung im Fach „Deutsch als Zweitsprache“ noch 10 zusätzliche Wochenstunden Fachunterricht. Die Pilotphase sei bis zum Ende dieses Schuljahres angelegt. Über eine Verlängerung des Pilotprojektes und teilweise Anpassungen werde nachgedacht.

Er geht auf die Pilotphase ein. Es gebe einen Rahmen, innerhalb dessen die Lehrkräfte sehr kreativ sein dürften. Damit könne auf die individuellen Bedürfnisse eingegangen werden, da eine große Heterogenität vorherrsche und man sehr verschiedene Bildungslaufbahnen habe.

Im Weiteren geht er auf den Fragenkatalog ein, den Frau Domingo im Vorfeld der Sitzung zugearbeitet habe (Folien 15 und 16). Er stellt klar, an der Sächsischen Konzeption zur Integration von Migranten werde festgehalten. Das Pilotprojekt solle die zweite Etappe der Integration unterstützen, also den Schülern helfen, in der dritten Etappe oder in der Fortführung der zweiten Etappe integriert werden.

Die Prüfungsergebnisse der Schulen werden dem LaSuB zwar mitgeteilt, jedoch werden bei Prüfungen keine Merkmale der Schüler wie „Migration“ erfasst. Daher wisse man nicht, welche Personengruppe besser oder schlechter abgeschnitten habe.

Was den Unterrichtsausfall im Fach „Deutsch als Zweitsprache“ in den Vorbereitungsklassen angehe, so verweist Herr Funk auf die offizielle Unterrichtsausfallstatistik, die im Internet abzurufen sei (Link - siehe Präsentation). Die Unterrichtsausfallstatistik im Bereich der Stadt Dresden sei sehr gut. Es falle sehr wenig Unterricht aus. Falls es doch einmal nötig sei, würden Klassen ausnahmsweise zusammengelegt. Aufgrund der Teilintegration komme es nie vor, dass alle Schüler auch gleichzeitig anwesend seien, sodass dies möglich sei.

Eine weitere Frage habe sich darauf gerichtet, wie die Erfahrungen des Projektes der Produktionsschule Moritzburg in das Projekt eingeflossen seien. Im Rahmen der Klausurberatungen sei der Leiter dieser Schule zur Evaluation des Projektes gehört worden, und dessen Erfahrungen seien in die Konzeption des Projektes eingeflossen.

Auch habe es keine anderen Pilotprojekte gegeben, bei denen Klassen verkleinert oder Team-Teaching angewandt worden sei. In den Vorbereitungsklassen fluktuieren die Zahl stark. Wenn die Schülerzahl bis zur Klassenobergrenze aufgefüllt sei, werde sie nicht wieder verkleinert, sondern erst durch die erfolgreiche Vollintegration. Der Platz in der Vorbereitungsklasse werde erst frei, wenn die ersten beiden Etappen erfolgreich durchlaufen worden seien. Team-Teaching sei kein ausgewiesenes Projekt, aber eine Methode, die Lehrer jederzeit entsprechend ihrer päd-

gogischen Verantwortung nach § 42 Schulgesetz in Anspruch nehmen können, wenn der Unterricht abgedeckt sei.

Auch sei gefragt werden, wie Lehrer materiell unterstützt würden, sowohl in der Pilotphase als auch den Vorbereitungsklassen. Sie werden entsprechend des Lehrplanes unterstützt. Lehrmaterialien werden zur Verfügung gestellt. Was die genaue Höhe angehe, verweist er an den Schulträger, weil die sächliche Ausstattung in deren Zuständigkeit liege.

Schulinterne Lehrerfortbildungen liegen ausschließlich in der Eigenverantwortung der Schulen. Damit werde das Ziel des SMK der Stärkung der Eigenverantwortung von Schule und Schulleitung fortgeführt. Insofern liegen dem LaSuB dazu keine Informationen vor. Er habe sich dennoch bei den Schulen informiert. Es habe u. a. Fortbildungskontakte zum Kompetenzzentrum für sprachliche Bildung gegeben.

Herr Dr. Jinah dankt für die ausführliche Darstellung. Er konstatiert, dass es schwierig sei, die Konzentration von Migranten aufgrund des bezahlbaren Wohnraums in bestimmten Stadtteilen zu lenken. Auch das sehr unterschiedliche Bildungsniveau und die kulturellen Einflüsse stellen eine Schwierigkeit bei der Integration in bestehende Regelklassen dar. Er äußert die Hoffnung, dies im Netzwerk der Schulsozialarbeit mit den Trägern anzugehen. Auch verweist er auf das Projekt Bildungspatenschaften des Ausländerrates Dresden e. V., welches die Integration unterstütze.

Frau Domingo stellt klar, dass die von ihr zugearbeiteten Fragen ihr von vielen Akteuren zugearbeitet worden seien. Sie fragt, ob aus den Vorbereitungsklassen heraus auch ein Wechsel an ein Gymnasium möglich sei.

Herr Funk erklärt, dass ein Wechsel an ein Gymnasium auf zwei Wegen möglich sei. Der eine Weg entspreche dem Weg, den auch ein deutscher Schüler nehme. Das heißt, in der Vollintegration werde auf Grundlage der Noten nach § 6 der Schulordnung Gymnasien entsprechend des Fächerdurchschnitts in den Hauptfächern und den Nebenfächern entschieden, dass der Schüler an ein Gymnasium wechseln könne. Der andere Weg sei ein Sonderweg für Schüler aus anderen Herkunftsländern in der zweiten Etappe, also während sie in die Regelklasse teilintegriert werden und noch keine Zensuren bekommen. Wenn die Fachlehrer an die Betreuungslehrer zurückmelden, dass der Schüler gut Deutsch spreche, er mit fachsprachlicher Unterstützung auch gut mitkomme und das Leistungsvermögen sowie die persönliche Kompetenz mitbringe, am Gymnasium bestehen zu können, dann melden das diese Schulen dem LaSuB. Es erfolge eine schriftliche Lerneinschätzung auf Grundlage der Niveaubeschreibung, und dann werde im LaSuB entschieden, ob derjenige am Gymnasium aufgenommen werde. Der Übergang erfolge wegen der gruppendynamischen Prozesse häufig zum Beginn oder zum Halbjahr des Schuljahres. Im letzten Schuljahr seien das im Regionalbereich Dresden (jetzt Standort Dresden, also Landeshauptstadt Dresden, Landkreis Meißen und Landkreis Sächsische Schweiz/Osterzgebirge) insgesamt sechs Schüler gewesen, von denen vier jeweils zwei Geschwister gewesen seien.

Auf die weiteren Rückfragen von Frau Domingo führt Herr Funk aus, dass es immer wieder Überlegungen gegeben habe, während des Bildungsgesprächs schärfer zu selektieren, sich beispielsweise an HAVAS 5 anzulehnen. Die Zuständigkeit dafür liege beim SMK. Davon sei man aber abgekommen. Es solle ein individuelles Gespräch stattfinden.

Wenn die Schüler Schuldokumente haben, sei es hilfreich. Praktisch sei es jedoch nur ein geringer Teil aus dem arabischen Raum. Den Menschen sei leider nicht bewusst, dass sie ohne Dokumente in Deutschland keinen Schulabschluss haben. Das sei ein großes Problem. Ohne Dokumente sei man auf die Angaben der Familien angewiesen. Hier zeige sich das Phänomen, dass die Angaben sehr viel optimistischer seien, als es sich in der Realität zeige.

Die Schüler, die an der Schule der Vorbereitungsklasse nicht integriert werden könnten, weil kein Platz zur Verfügung stehe, würden an einer anderen, der nächstmöglichen Schule integriert.

Frau Domingo stellt fest, dass an den Oberschulen nur wenige Lehrer Erfahrungen mit Schülern mit Migrationshintergrund und den kulturellen Unterschieden hätten. Sie bemerkt, dass kulturelle Unterschiede schön seien und ein Sozialisierungsprozess nicht in einem Jahr zu erreichen sei. Gleichzeitig konstatiert sie, dass Lehrerfortbildungen auf dem Gebiet an Schulen, die nur wenige Schüler mit Migrationshintergrund haben, nicht wahrgenommen werden. Das Kompetenzzentrum für sprachliche Bildung könnte ein gutes Instrument für die Fortbildung auf dem Gebiet sein. Doch die Kollegin, die dort arbeite, erhalte nur wenige Minderungsstunden für diese Tätigkeit und habe daher nicht ausreichend Zeit.

Frau Domingo fragt, wie Fortbildungen auf dem Gebiet attraktiver gestaltet werden könnten. Weiter möchte sie wissen, was mit den 18-Jährigen passiere, die sich in der Etappe DaZ-3 befinden, aber es nicht für einen Abschluss reiche, und welche Chancen sie dann hätten. Auch interessiert sie, in welcher Weise freie Träger Unterstützung leisten.

Herr Funk geht auf die einzelnen Themenkomplexe ein.

Zunächst stellt er klar, dass sich sächsische Lehrkräfte nicht fortbilden müssen, sondern sich fortbilden können. Es beruhe also auf Freiwilligkeit. Die Fortbildungsteilnehmerquoten sinken seit Jahren. Bei Befragungen geben die Lehrkräfte immer wieder Überlastung als Grund an, dass sie weit über 40 Stunden pro Woche arbeiten, zusätzlich durch viel Bürokratie belastet seien und nicht noch samstags zu einer Fortbildung gehen können, weil sie sich erholen müssen, um auch in der nächsten Woche wieder für die Schüler da sein zu können. Fortbildungen werden dennoch angeboten. Die Sensibilisierung finde bei den Schulleiterdienstberatungen statt. Das Thema Migration habe dort mittlerweile einen großen Stellenwert eingenommen. Zusätzlich gebe es Dienstberatungen ausschließlich für Lehrkräfte der Vorbereitungsklassen sowie gesonderte Dienstberatungen mit den stellvertretenden Schulleitern, wo das Thema ebenfalls auf der Tagesordnung stehe.

Für das Sprachkompetenzzentrum seien 15 Zeitstunden pro Woche verteilt auf drei Personen vom LaSuB ausgereicht, also pro Lehrkraft (je eine aus den Bereichen Grund-, Ober- und Berufsschule) 5 Zeitstunden pro Woche aus ihrem Stundendeputat, also im Rahmen der normalen Wochenarbeitszeit. Informationen über die Angebote des Zentrums gebe es in einem Flyer, welcher über das LaSuB, das SMK sowie über das Sprachkompetenzzentrum selbst (auch von den Schulen) bezogen werden könne.

Schüler ohne Abschluss unter 18 Jahren hätten die Option der Berufsschule. Beispielsweise könnte im Rahmen des Berufsvorbereitungsjahres ein Abschluss erreicht werden, der dem Hauptschulabschluss gleichgestellt sei. In vielen Fällen landen die über 18-Jährigen ohne Ab-

schluss beim Jobcenter. Das liege dann nicht mehr im Zuständigkeitsbereich des SMK. Aktuell gebe es Entwicklungen in dem Bereich. Die Minister für Gleichstellung und Integration sowie Kultus erarbeiten derzeit eine Lösung für diese Klientel.

Was die Unterstützung durch freie Träger betreffe, so gebe es Angebote, wie die Fortführung der Ausbildung in der Landessprache oder durch Dolmetscherleistungen an Schulen u. a. bei Elternabenden.

Frau Stadträtin Siebeneicher fragt, was die Stadt tun könne, um die Konzentration auf wenige Schulstandorte aufzuheben, und welche Lenkungsmöglichkeiten es seitens des Landes gebe. Gebe es eine Diskussion, eine Begrenzung des Migrantenanteils an Schulen vorzunehmen, was aber dazu führen würde, Vorbereitungs-/DaZ-Klassen mehr auf die Dresdner Schulen zu verteilen? Was die Zuweisungen sowie den günstigen Wohnraum angehe, sei man sehr gebunden, weil nicht mehr viel sozialer Wohnraum vorhanden sei bzw. sozialer Wohnungsbau erst wieder am Anfang stehe. Sie führt den Bereich Inklusion an, wo eine Steuerung erfolge, um keine Überforderung zu erzeugen, was eine Überlegung sein könne.

Herr Funk verweist auf die Metropolen der Welt, wo schon länger die Herausforderungen bekannt seien und man versucht habe, Lösungen zu finden, jedoch tatsächlich keine gefunden habe. Es gebe diesbezüglich Diskussionen um die dezentrale Unterbringung und Anmietung miethöherer Objekte. Aber man sei auch finanzpolitischen Vorgaben unterworfen. Eine gleichmäßige Verteilung der Familien wäre wünschenswert. Er vermag aber nicht zu sagen, wie dieses Ziel erreicht werden könnte. Wenn jede Schule eine solche Klasse erhalten würde, seien die Kosten und die Fahrtwege zu berücksichtigen. Er konstatiert, dass es Ideen gebe, doch die Analysen zeigen, dass das neue Probleme mit sich bringen würde. Zur Frage, was das Land tun könne, so verweist er auf die Richtlinienkompetenz des Ministerpräsidenten, sodass er dazu nichts sagen könne.

Frau Stadträtin Siebeneicher erklärt, dass von den 75 Dresdner Grundschulen nur 15 Grundschulen DaZ-Klassen haben. Diese Konzentration auf wenige Standorte sei eine große Herausforderung für die einzelne Schule. Sie schlägt vor, die DaZ-Klassen in den Schulbezirken, wo der Bedarf sehr groß sei, zu verteilen. Der Schulweg wäre dann noch überschaubar.

Herr Funk verweist auf das räumliche Problem. Es gebe keine Klassenräume mehr. Die Regelklassen seien in den umliegenden Schulen bereits voll, und in diesen konzentrierten Stadtgebieten haben alle drei Schularten Vorbereitungsklassen. Wo es möglich sei, seien bereits Vorbereitungsklassen eingerichtet worden. Weiteres sei nicht möglich, bis Neubauten fertiggestellt seien.

Herr Stadtrat Genschmar stellt fest, dass die Präsentation deutlich gezeigt habe, was man bereits in der Asylproblematik mitbekommen habe, nämlich dass sich Problemgebiete herauskristallisieren. Es sei ein politisches Thema. Den Stadträten/Fraktionen stehe es frei, Anträge einzubringen, Asylbewerber in anderen Stadtteilen (Striesen, Weißer Hirsch) in Wohnungen unterzubringen und in privaten Schulen (Kreuzschule, HOGA) DaZ-Klassen zu bilden etc. Die Präsentation sei für ihn ein deutliches Zeichen, dass die Lösung im politischen Raum gefunden werden müsse. Er habe bereits in Stadtratssitzungen darauf hingewiesen, dass man eine Überbevorteilung von Prohlis, Gorbitz und Leuben habe. Darauf sei ihm entgegnet worden, dass das normal sei und so sein müsse. Doch das führe sich nun in dem Thema fort und sei die logische Konse-

quenz. Aus dem Grund schlussfolgert er daraus, dass es letztlich die, die hier Gerechtigkeit in der Welt in allen Bereichen haben wollen, im politischen Raum fordern müssen, dass private Schulen ihre Weltoffenheit dokumentieren können und sich für DaZ-Klassen öffnen. Genauso könnte am Weißen Hirsch dafür geworben werden, dass Wohnungen für sozial benachteiligte Flüchtlinge zur Verfügung gestellt werden. Wenn alle daran arbeiten, könne das im Stadtgebiet ausgeglichen und versucht werden, Fehler, die im Westen gemacht worden seien, zu verhindern.

Weiterer Beratungsbedarf besteht nicht. **Herr Dr. Jinah** schließt den Tagesordnungspunkt.

2 Vorstellung des Vereins Indian Association of Dresden e. V. (IAD)

Herr Govindarajan, Vorstandsvorsitzender des Indian Association Dresden e. V. (IAD), stellt kurz die weiteren anwesenden Mitglieder vor. Er führt ein, dass Indien ein vielfältiges Land sei und die in Dresden lebenden Inder der indischen Philosophie „Einheit durch Vielfalt“ („Unity in diversity“) folgen. Anhand einer Präsentation (Anlage zur Niederschrift) zeigt er, wie die Philosophie praktisch umgesetzt werde.

Schon vor der Vereinsgründung im Jahr 2014 haben indische Studenten und Angestellte ab etwa 2010/2011 begonnen, die indische Kultur zu pflegen. Neben dem kulturellen Austausch solle ein Netzwerk indischer Verbände in Deutschland aufgebaut werden. Darüber hinaus biete der Verein Hilfe für Inder in Dresden und mittlerweile auch Deutschland. Der Verein sei für alle offen, es gebe keine Beschränkungen. Herr Govindarajan gibt einen Überblick über die vom IAD organisierten Aktivitäten, zu denen Kulturveranstaltungen sowie der Austausch auf dem kulturellen, sozialen und wissenschaftlichen Sektor gehören.

Frau Albal ergänzt, zum kulturellen Austausch gehöre neben dem Kochworkshop auch die Verbindung zu deutschen Traditionen, wie der Besuch des Weihnachtsmarktes auf Königstein zeige. Des Weiteren biete der Verein eine Plattform für Künstler anderer Länder. Auch seien die Veranstaltungen des Vereins immer international gut besucht.

Abschließend fasst **Herr Govindarajan** zusammen, dass die Aktivitäten durch verschiedene Partner unterstützt werden (u. a. der Technischen Universität Dresden). Neben der Vernetzung von Indern in Dresden sei man bestrebt, sich in ganz Deutschland zu vernetzen. Dazu arbeite der Verein mit der Indischen Botschaft in Berlin zusammen. Darauf basiere das Projekt „Indian students in Germany“.

Herr Govindarajan gibt noch einen Ausblick auf die künftigen Ziele des Vereins (siehe Präsentation) und bittet den Integrations- und Ausländerbeirat, ihn dabei zu unterstützen. Der Verein sei offen, sich mit Interessierten auszutauschen und voneinander zu partizipieren und zu lernen.

Herr Dr. Jinah dankt für die Ausführungen und ergänzt, dass er selbst stellvertretender Vorstandsvorsitzender des IAD e. V. sei. Der Verein sei Mitglied im Dachverband sächsischer Migrantenorganisationen und eine große Bereicherung aufgrund seines Engagements für Integration durch Bildung und Kultur. Gleichzeitig spiegle er die Vielfältigkeit Indiens wider.

Den Tagesordnungspunkt abschließend sagt er den Vertretern des IAD e. V. im Namen des Beirates zu, den Verein im Rahmen seiner Möglichkeiten zu unterstützen.

3 Informationen/Sonstiges **u. a. Öffnungszeiten der Ausländerbehörde und Verwendung des Beiratsbudgets**

1. Besuch des Übergangwohnheims Days Inn auf der Strehleiner Straße

Herr Dr. Jinah berichtet, dass er gemeinsam mit Frau Winkler und Herrn Ehrentraut, Sozialamt, am 10. Januar 2018 die Einrichtung besucht habe. Man habe sich für einen unangemeldeten Besuch in kleiner Gruppe entschieden. Die Betreiberin habe ihnen einige Wohnräume sowie die Küche und den Gastraum gezeigt sowie mit einigen Bewohnern gesprochen. Für ihre Wohnräume seien die Bewohner selbst verantwortlich, was sich im unterschiedlichen Ordnungssinn gezeigt habe.

Treppenhaus und Gänge seien renoviert gewesen, aber von den Bewohnern nicht sorgsam behandelt worden. Das Essen sei nicht zu beanstanden gewesen, auch nicht die hygienische Situation. Die Essenzeiten seien zu beachten. Auch ein Rückzugsraum sei vorhanden. Die Johanniter bieten eine soziale Betreuung der Bewohner sowie Unterstützung bei Antragstellungen etc.

Frau Winkler berichtet, dass sie insbesondere auf die Einhaltung der Unterbringungsstandards der Landesrichtlinie (Verwaltungsvorschrift) Wert gelegt habe, weil ihr wenige Wochen zuvor in der Einrichtung im Tryp-Hotel durchaus sehr krasse und nicht hinnehmbare Mängel aufgefallen seien (bezüglich der Aufenthaltsqualität, u. a. nicht ausreichend Stühle und Tische).

Diese Mängel habe sie im Days Inn nicht festgestellt. Die Einrichtung sei in einem deutlich besseren Zustand gewesen als das Tryp-Hotel. Die Standards würden weitgehend eingehalten. Auch sei gegenüber der anderen Einrichtung ausreichend Besteck vorhanden, sogar Metallbesteck, obwohl dort auch eine hohe Gewaltbereitschaft herrschen soll. Auch gebe es ausreichend Müll-eimer. Man habe sich willkürlich Zimmer zeigen lassen und habe die Aufenthaltsqualität im Gebäude und außen betrachtet. Alles sei deutlich in einem anderen Niveau als im Tryp-Hotel. Zwei Punkte der Landesrichtlinie seien nicht eingehalten, die jedoch der Eile geschuldet seien, mit der die Verträge damals geschlossen worden seien. Konkret gebe es dort keine verschließbaren Schränke (man teile sich einen Schrank, der idealerweise Türen habe). Das sei im Tryp-Hotel nicht so gewesen. Dort stehe nur ein garderobenähnliches Regal mit 4 Haken, Hutablage und Schubfach zur Verfügung. Mangels Stühlen hätten die Sachen dort über den Betten oder Fensterbrüstungen gehangen. Diesen Mangel habe sie an das Sozialamt gemeldet.

Ein weiteres Problem betreffe Trinkgefäße. In beiden Einrichtungen werde jedem Bewohner ein Trinkglas zur Verfügung gestellt, womit er dann alle (Heiß-)Getränke, die im Haus angeboten werden, konsumieren kann. Wenn das Glas kaputt gehe, werde bestenfalls gegen Unterschrift ein zweites Glas ausgehändigt, in der einen Einrichtung sogar gegen Kautions. Mehr Gläser werden vom Betreiber nicht gestellt. Das sei nicht hinnehmbar, zumal Gläser bei Heißgetränken und längerem Gebrauch zu Bruch gehen könnten. Vertraglich sei vereinbart, dass ausreichend Inventar und Geschirr zur Verfügung zu stellen sei. Auch entspreche das nicht der Verwaltungsvorschrift.

Insgesamt sei die Betreiberin des Days Inn deutlich kooperativer. Die Problemlagen, die sich im November 2017 im Tryp-Hotel gezeigt haben, seien dort nicht festzustellen gewesen. Es sei bei der Begehung deutlich geworden, dass im Heim klare Regeln einzuhalten und sehr viele Wachschutzkräfte im Einsatz seien.

Auf ihre Frage in beiden Einrichtungen, wie viele Bewohner einer tagesstrukturierenden Maßnahme nachgehen würden (z. B. Sprachkurs, AGH), sei ihr von den Einrichtungsleitern gesagt worden, etwa 30 %. Das bedeute, dass sich der Rest entweder in den Einrichtungen, im Umfeld oder der Stadt aufhalte.

Herr Dr. Jinah ergänzt, dass im Days Inn insgesamt 270 ausschließlich männliche Personen untergebracht seien. Seine Rückfrage, ob die Möglichkeit bestehe, wenn Bewohner nicht harmonieren, z. B. wegen des Altersunterschieds, in einen anderen Raum umziehen, sei bestätigt worden.

Frau Winkler berichtet, dass seitens der Johanniter auch eingeschätzt worden sei, dass sie es nicht für gut halten, wenn junge Volljährige dem Days Inn zugewiesen werden. Das seien problematische Rahmenbedingungen aufgrund der Menge der dort lebenden Menschen und dem damit verbundenen Konfliktpotential.

Herr Dr. Jinah teilt mit, dass die Johanniter zwar auch bei Anträgen auf Umverteilung auf andere Heime behilflich seien. Allerdings erhalte das Sozialamt sehr viele dieser Anträge.

Herr Dr. Mamedow dankt für den Bericht. Allerdings sei das eigentliche Problem, dass Bewohner nicht selbst kochen könnten. Vor Jahren habe man dafür gekämpft, dass keine Sach- sondern Geldleistungen gewährt werden. Jeder habe einen anderen Geschmack und koche anders. Er fragt, ob mit dem Auslaufen der Verträge für die beiden Heime dann nur noch Einrichtungen mit Kochgelegenheit zur Verfügung stehen.

Frau Schöne informiert, dass die Hotelverträge zum Jahresende auslaufen. Damit fallen diese beiden Einrichtungen mit Vollverpflegung weg und es werde Umverteilungen geben, aber nicht ausschließlich aus diesen beiden Einrichtungen.

Sie bestätigt die Rückfrage von Herrn Dr. Mamedow, dass die vorhandenen Platzkapazitäten trotz Wegfalls der beiden Hotels ausreichen sollten. Man gehe momentan davon aus. Aktuell treffe das nicht zu.

Frau Winkler bemerkt, dass sie dazu kürzlich mit Frau Bürgermeisterin Dr. Kaufmann gesprochen habe. Die Unterbringung müsste unabhängig von der Belegung bis Vertragsende bezahlt werden, also auch wenn die Heime freizugezogen würden. Daher sei das eine finanzpolitische Frage. Auch bestehe Legitimationsdruck. Es sei nicht zu erklären, ein Haus leer stehen zu lassen, obwohl es noch zu bezahlen sei.

Sie wisse, dass das Land aktuell prüfe, ob es die Landkreise und Kommunen bezogen auf eine Ablöse unterstütze. Aber das müsste zeitnah passieren, weil die Verträge am Jahresende auslaufen. Davon unbenommen sei das ein schwieriges Thema, da die Verwaltung auch ihre Rahmenbedingungen und Zwänge habe.

Die Mitglieder nehmen die Informationen zur Kenntnis.

2. Öffnungszeiten der Ausländerbehörde Dresden

Herr Dr. Jinah verweist auf das ausgereichte Schreiben des Beigeordneten für Ordnung und Sicherheit (Anlage zur Niederschrift).

Herr Levenfus äußert sein Unverständnis im Namen der Betroffenen. Er habe sich auch selbst schriftlich an die Verantwortlichen gewendet, die Antwort sei noch ausstehend.

Herr Dr. Jinah berichtet, dass in dem Bereich ein Personalmangel bestehe und die Zahl der zu bearbeitenden Anträge steige. Es werde intern versucht, anderweitig Hilfe zu erhalten. Jedoch müssten die neuen Mitarbeiter erst eingearbeitet werden.

Frau Winkler nimmt zu dem Vorschlag von Herrn Levenfus Stellung, dass sie sich für die Rückführung zu den gewohnten Öffnungszeiten einsetzen sollte. Sie verweist auf die im Schreiben dargelegten Fakten. Auch werde darauf hingewiesen, dass sich die Situation mit dem neuen Personal, was im April 2018 erwartet werde, wieder bessern sollte.

Sie könne zwar mit Herrn Ersten Bürgermeister Sittel sprechen, mache sich aber wenig Hoffnung, weil er an dieser Stelle konsequent sei. Denn wenn die Leistungsgrenze überschritten sei, müsse er seiner Fürsorgepflicht gegenüber den Mitarbeitern gerecht werden. Insofern warte er erst auf das neue Personal, Stellen seien offenbar bereits bereitgestellt worden.

Auch wenn sie das Anliegen von Herrn Levenfus verstehe, bittet sie um Verständnis mit Verweis auf die im Schreiben dargelegten Fakten. Jährlich wachse der Ausländeranteil in Dresden etwa um 1 %. Das Personal müsste demnach proportional mitwachsen, was noch nicht funktioniere. Hier müsse ein Interessenausgleich stattfinden. Die Ausländer müssten zu ihren Dienstleistungen kommen und auch die Behörde müsse ihre innerbetrieblichen Regularien erfüllen (Einhaltung Pausenzeiten, Höchstarbeitszeit etc.).

Abschließend sagt sie zu, das Anliegen nochmals mitzunehmen.

Herr Dr. Jinah dankt Frau Winkler. Unabhängig davon wird man schauen, wie sich die Situation nach dem April 2018 entwickelt.

Ergebnis: *Das Thema wird unter Beobachtung gehalten.*
Verantwortlich: *Vorsitzender des Integrations- und Ausländerbeirates*
Wiedervorlage: *Sitzung am 6. Juni 2018*

3. Neue Publikationen

Frau Winkler reicht Folgendes aus:

- „Bericht des Fonds mehrsprachige Öffentlichkeitsarbeit“ mit Infozetteln, die teils im Internet zum Download bzw. als Amtsauslage und Flyer zur Verfügung stehen.
- Der Wegweiser durch das Rathaus sei jetzt auch in englischer Sprache verfügbar.
- Lokales Handlungsprogramm als Printausgabe vom Bürgermeisteramt

Für Fragen steht sie zur Verfügung.

Die Information wird zur Kenntnis genommen.

4. Aktualisierung Beiratsvorstellung auf Dresden.de

Frau Winkler wendet sich wegen der in der letzten Beiratssitzung besprochenen Überarbeitung der Beiratsseite auf der Dresdner Homepage (dresden.de/auslaenderbeirat) an Frau Domingo. Sie habe ihr die schriftliche Korrektur der deutschen Seite übergeben. Erst auf der korrigierten Basis sei die Übersetzung in andere Sprachen möglich. Bislang habe die Überarbeitung nicht stattgefunden.

Ergebnis: *Die Überarbeitung ist zeitnah zu übernehmen, damit die Übersetzung auf dieser Grundlage in weitere Sprachen erfolgen kann.*
Verantwortlich: *Frau Domingo*
Wiedervorlage: *Sitzung des Integrations- und Ausländerbeirates am 18. April 2018*

5. Fachstelle zum Lokalen Handlungsprogramm für Demokratie und gegen Rassismus (LHP)

Auf die Rückfrage von **Herrn Dr. Tzoglin** informiert **Frau Winkler** zum Sachstand:

Die Projektschmiede, wo man sich immer mit dem Begleitausschuss getroffen habe, habe der Stadtverwaltung am 20. Dezember 2017, also kurz vor Weihnachten und 10 Tage bevor die Projektschmiede ihre Arbeit eingestellt habe, mitgeteilt, dass sie in Kürze insolvent sei und sie deshalb die Aufgaben (Projektschmiede, Tanzprojekte, Kitrazza u. a.) entweder an andere Träger gebe oder an die Stadt zurückgebe.

Die Fachstelle, die Unterstützung bei den Anträgen zu LHP gegeben habe, sei an die Stadt zurückgegeben worden. Dafür habe sich so schnell kein anderer Träger gefunden. Die Verwaltung war darüber sehr überrascht worden.

Es habe inzwischen eine Ausschreibung für einen befristeten Zeitraum (bis zum 15. Juni 2018) gegeben, mit der ein Träger gesucht werde, der eine Fachstelle organisiere. Bis zum genannten Datum seien nur die Bundesgelder bewilligt worden. Einsendeschluss für die Interessensbekundungen sei am kommenden Freitag. Bisher sei noch kein Angebot eingegangen.

Gleichzeitig solle es eine Ausschreibung für eine dauerhafte Fachstelle geben. Darüber solle bis zum 15.06.2018 entschieden werden, sodass man danach eine regelmäßig in Dresden arbeitende Fachstelle habe. Derzeit werde verwaltungsintern noch über Details diskutiert, sodass es noch Änderungen zu dem jetzt Mitgeteilten geben könne.

Ergebnis: *Der Beirat wird dazu auf dem Laufenden gehalten.*
Verantwortlich: *Frau Winkler*
Wiedervorlage: *Sitzung des Integrations- und Ausländerbeirates am 18. April 2018*

6. Pflege der Facebook-Seite des Integrations- und Ausländerbeirates

Frau Stadträtin Kerstin Wagner fragt, ob neben Frau Domingo noch jemand Interesse habe, die Facebook-Seite des Beirates zu pflegen und mit Beiträgen zu füllen. Sie habe Interesse und Herrn Vincze, der bisher den Zugang habe, schon zweimal dazu angesprochen, ihr den Zugang zu ermöglichen. Er habe um eine Entscheidung im Beirat gebeten.

Frau Domingo äußert ihren Unmut, dass Herr Vincze Dinge aus seinem Tätigkeitsbereich beim Sächsischen Ausländerbeauftragten poste. Auch fehle Herrn Vincze die Legitimation des Beirates weiterhin zu posten. Sie habe ebenfalls einen Zugang und nutze ihn hin und wieder. Nach ihrer Auffassung sollten mehrere Mitglieder die Möglichkeit haben, auf der Seite zu posten.

Herr Dr. Jinah erinnert sich, dass er vor geraumer Zeit bereits mit Herrn Vincze gesprochen habe, dass er nichts aus seinem Tätigkeitsbereich beim Sächsischen Ausländerbeauftragten poste.

Wichtig ist Herrn Dr. Jinah, dass eine Person die Posts beaufsichtige. Ihn haben diesbezüglich verschiedene Kritiken auch aus dem Bereich der Ministerien erreicht.

Frau Domingo erklärt, wenn die Verantwortung für die Facebook-Seite nicht geteilt werden könne, möchte sie diese abgeben.

Herr Dr. Rahman erläutert kurz das Prozedere auf Facebook weitere Administratoren hinzuzufügen. Auch er habe das Problem, selbst nicht posten zu können.

Frau Stadträtin Dr. Gaitzsch spricht sich dafür aus, die Thematik mit Herrn Vincze zu besprechen, der die Sitzung aus privaten Gründen bereits verlassen habe.

Frau Stadträtin Wagner stellt fest, dass Einvernehmen herrsche, dass sie und nach Belieben auch weitere Mitglieder als Administratoren aufgenommen werden.

Herr Dr. Jinah schließt die Diskussion mit folgender Zusammenfassung ab:

Es besteht Einvernehmen, dass Frau Stadträtin Kerstin Wagner und ggf. weitere Mitglieder Administrationsrechte für die Facebook-Seite des Integrations- und Ausländerbeirat erhalten.

Zuständig: *Herr Vincze*
Realisierung: *zeitnah*
Wiedervorlage: *Sitzung des Integrations- und Ausländerbeirates am 18. April 2018*

Alle Veranstaltungen des Integrations- und Ausländerbeirates sollen auf der Facebook-Seite gepostet. Zu beachten ist, dass keine fremdenfeindlichen, provokativen Inhalte u. ä. dort verbreitet werden. Außerdem ist die Satzung des Integrations- und Ausländerbeirates einzuhalten. Auch ist die Verbreitung parteipolitischer Inhalte untersagt.

Verantwortlich: alle Mitglieder mit Administratorrechten

7. Internationale Wochen gegen Rassismus

Herr Dr. Jinah informiert, dass er zwei Termine für den Integrations- und Ausländerbeirat habe:

- Zur Auftaktveranstaltung am 12. März 2018 werde der Integrations- und Ausländerbeirat mit einem Stand vertreten sein.

Die benötigten Ausrüstungsgegenstände sind noch zu kaufen. Er habe dazu bereits mit Herrn Dr. Shahinur und Herrn Maks gesprochen. Die Finanzierung werde aus dem Beiratsbudget erfolgen.

Verantwortlich: Herr Dr. Shahinur und Herr Maks
Realisierung: schnellstens

Herr Dr. Tsoglin sagt zu, dass das Equipment des Integrations- und Ausländerbeirates kostenfrei in den Räumlichkeiten des KIW e. V. untergestellt werden könne.

- Am 19. März 2018 werde der Integrations- und Ausländerbeirat im Rathaus, Beratungsraum 2/13 zu seiner antirassistischen Arbeit informieren.

Zu beiden Veranstaltungen wird um die Unterstützung der Mitglieder gebeten.

Es wird eine Doodle-Liste für die Abfrage der Mitglieder zur Mitarbeit in der AG Öffentlichkeitsarbeit erstellt. Auch die Mitglieder, die ihre Mitarbeit bereits erklärt haben, werden gebeten, sich nochmals zu melden.

Verantwortlich: Frau Domingo
Realisierung: schnellstens
Wiedervorlage: Sitzung des Integrations- und Ausländerbeirates am 18. April 2018

Verantwortlich für die Ansprache und Koordination der Mitglieder zu den beiden o. g. Veranstaltungen: AG Öffentlichkeitsarbeit
Realisierung: schnellstens

Frau Winkler bittet die Mitglieder um Teilnahme an der bundesweiten Auftaktveranstaltung am 12. März 2018 um 18 Uhr. Eine gesonderte Einladung folge noch. Ihr liege bereits die Zusage des Sächsischen Ministerpräsidenten sowie der Sächsischen Staatsministerin für Gleichstellung und Integration vor. Auch werden Herr Zwanziger, Herr Mazyek (Zentralrat der Muslime), Herr Dr. Micksch (Gründer von PRO ASYL) sowie Herr Benedetti (UNESCO Städtekoalition gegen Rassismus) teilnehmen. Der Oberbürgermeister werde die Wochen gemeinsam mit dem Integrations- und Ausländerbeirat eröffnen.

Die Veranstaltungswochen stehen unter dem Titel „Islamfeindlichkeit als Herausforderung der Gegenwart“ und werden sich den Ursachen der Islamfeindlichkeit in Sachsen widmen. Es werden sich in dem Rahmen fast alle islamischen Gruppen präsentieren.

Auch habe der Integrationsbeirat Bayreuth angefragt, ob er mit 55 Personen nach Dresden kommen könne, um sich zu präsentieren. Aus diesem Grund seien die anderen sächsischen Migrantenbeiräte (Chemnitz, Leipzig, Zittau) angesprochen worden. Sie bittet darum, dass möglichst viele Mitglieder zu dem Termin anwesend seien.

Sie reflektiert kurz den Ablauf. Nach einer einstündigen Eröffnungsveranstaltung und einem kurzen Referat eines Wissenschaftlers folge eine moderierte Podiumsdiskussion mit Menschen, die Rassismus erfahren mussten oder mit Opfern arbeiten. Die Moderation übernehmen die Marwa-El-Sherbini-Stipendiatin Youmna Fouad sowie ein Student, der gleichzeitig Mitglied im islamischen Hochschulbund sei.

8. Fortbildung des Integrations- und Ausländerbeirat

Herr Dr. Jinah greift die Thematik aus dem vergangenen Jahr auf. Er bittet Frau Domingo, einen Referenten für eine Fortbildungsveranstaltung des Beirates zum Thema „Politische Bildung“ sowie ggf. bereits einen Terminvorschlag zu finden.

Verantwortlich: *Frau Domingo*

Wiedervorlage: *Sitzung des Integrations- und Ausländerbeirates am 18. April 2018*

9. Treffen mit dem Bundesintegrations- und Zuwanderungsrat anlässlich des 20-jährigen Bestehens des Integrations- und Ausländerbeirates Dresden

Herr Dr. Jinah regt an, anlässlich des Jubiläums eine Veranstaltung zu organisieren.

Er bittet, dass die AG Öffentlichkeitsarbeit zeitnah zusammenkomme, um die zahlreichen anstehenden Aufgaben gemeinsam zu besprechen.

Verantwortlich: *Leiterin der AG Öffentlichkeitsarbeit, Frau Domingo*

Realisierung: *schnellstens (siehe Punkt 7., Klärung Mitarbeit Voraussetzung)*

Wiedervorlage: *Sitzung des Integrations- und Ausländerbeirates am 18. April 2018*

10. Termine unter Beteiligung des Integrations- und Ausländerbeirates im Jahr 2018

Herr Dr. Jinah erinnert, dass wie in jedem Jahr folgende Termine anstehen:

- Gedenken an Jorge Gomondai
- Gedenken an Marwa El-Sherbini
- Interkulturelle Tage 2018

Verantwortlich: *Integrations- und Ausländerbeirat bzw. AG Öffentlichkeitsarbeit*

Wiedervorlage: *Sitzung des Integrations- und Ausländerbeirates am 18. April 2018*

11. Interkulturelle Tage vom 15. September bis 6. Oktober 2018

Frau Winkler berichtet unter Bezugnahme auf TOP 10, dritter Anstrich, dass es in diesem Jahr drei Wochen geben werde. Sie hofft, dass sich damit die Veranstaltungen besser verteilen und sich die Veranstalter durch Terminüberschneidungen nicht gegenseitig die Teilnehmer wegnehmen, was in der Vergangenheit vorgekommen sei. Das Interkulturelle Straßenfest finde an dem dritten Wochenende in diesem Zeitraum statt. Die Abschlussveranstaltung werde die Verleihung des Integrationspreises durch den Oberbürgermeister sei.

12. Kontakt zu muslimischen Gemeinden

Herr Dr. Jinah äußert die Überlegung, Vertreter muslimischer Gemeinden in den Beirat einzuladen.

Frau Winkler informiert, dass es nach ihrer Kenntnis in Dresden sieben muslimische Gemeinden gebe, mit denen sie eng zusammenarbeite. Sie berichtet ausführlich zu den Geschehnissen im Zusammenhang mit der Presseberichterstattung bezüglich der Thematik „Islambruderschaften erobern Sachsen“ und deren Auswirkungen das Marwa-Zentrum betreffend und stellt klar, dass nach ihrer Kenntnis das Marwa-Zentrum keine Schuld treffe. Dennoch sei diese Gemeinde bei einer Veranstaltung anlässlich des Islamischen Neujahrs durch den OB kurzfristig eingeladen worden, was zu Misskredit unter den muslimischen Gemeinden geführt habe. Das habe wiederum dazu geführt, dass die Stadtverwaltung eine deutlich schwierigere Zusammenarbeit mit den muslimischen Gemeinden in Dresden habe.

Vor dem Hintergrund rät sie davon ab, die muslimischen Gemeinden in den Beirat einzuladen. Es sei den Beiratsmitgliedern unbenommen, die muslimischen Gemeinden vor Ort aufzusuchen und das direkte Gespräch zu suchen. Eine gute Gelegenheit seien die bevorstehenden Tage der offenen Moschee oder das islamische und jüdische Neujahr.

13. Tagesordnung des Integrations- und Ausländerbeirates am 6. Juni 2018

Frau Winkler schlägt vor, das Deutsch-russische Kulturinstitut zur o. g. Sitzung in den Beirat einzuladen. Zum Hintergrund erläutert sie, dass der Kulturausschuss im letzten Jahr eine Kürzung der Förderung des Vereins beschlossen habe, die jährlich weiter reduziert werde. Der Ausschuss habe den Verein aufgefordert, sein Konzept zu überarbeiten.

Frau Winkler liege der Verein, der bereits 25 Jahre aktiv sei, am Herzen, weshalb sie ihm eine Chance geben wolle. Deswegen habe sie vorgeschlagen, dass unter ihrer Leitung eine Organisations- und Konzeptentwicklung des Vereins für ein Jahr statfinde. Sie habe diese heute ausgeschrieben, sodass sich Interessenten bewerben könnten. Der Verein habe dem Verfahren zugestimmt und werde daran mitarbeiten. Ein neues Konzept sei auch Voraussetzung für die Fortsetzung der Förderung.

Zur Sitzung am 6. Juni 2018 solle der Vereinsvorsitzende des Deutsch-russischen Kulturinstituts eingeladen werden. Zu dem Zeitpunkt müssten schon einige Punkte des Konzeptes klar sein, weil bereits der Antrag auf Förderung beim Kulturamt für das Jahr 2019 gestellt werden müsse.

Folgende vier Punkte seien Inhalt der Aufgabenstellung für die Konzeptüberarbeitung:

- Verbesserung des interkulturellen Austauschs
- Professionalisierung des Personals
- Generationswechsel innerhalb des Vereins
- Erschließung weiterer Fördermöglichkeiten

Dafür lohne es sich, den Verein anzuhören und ihn für seinen neuen Weg zu bestärken. Insbesondere bittet sie die russischsprachigen Migranten um ihre Unterstützung.

Es besteht Einvernehmen, das Thema wie vorgeschlagen zu behandeln.

Verantwortlich: ***Vorsitzender des Integrations- und Ausländerbeirates***

Termin: ***Sitzung des Integrations- und Ausländerbeirates am 6. Juni 2018***

14. Tagesordnung des Integrations- und Ausländerbeirates am 18. April 2018

Herr Dr. Mamedow bezieht sich auf die Information von Frau Winkler (siehe Punkt 1.) und bittet darum, in der nächsten Sitzung das Thema „Politische Lösung für die Unterbringung von Asylbewerbern in den Unterkünften mit Kochgelegenheit“ aufzurufen.

Frau Winkler bittet darum, das Thema weiter zu fassen, also auf die Asylbewerber aus den Großobjekten. Die Schwierigkeiten beziehen sich nicht allein auf das Kochen, auch wenn das ein wichtiger Punkt bezüglich Selbstbestimmung/Selbstständigkeit sei.

Es besteht Einvernehmen, das Thema auf die Tagesordnung der nächsten Sitzung zu setzen.

Verantwortlich: Vorsitzender des Integrations- und Ausländerbeirates
Termin: Sitzung des Integrations- und Ausländerbeirates am 18. April 2018
Hinzuzuziehen: Geschäftsbereich Arbeit, Soziales, Gesundheit und Wohnen

Weiterer Beratungsbedarf besteht nicht, auch nicht unter TOP 4 im nicht öffentlichen Teil. **Herr Dr. Jinah** schließt die Sitzung.

Dr. Hussein Hasham Jinah
Vorsitzender

Dr. Margot Gaitzsch
Stadträtin

Rustam Maks
Mitglied

Manuela Richter
Schriftführerin